

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

F 57.251
1989
Dezember

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 1. Dezember 1989

Blatt 2749

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Zilk für Visafreiheit für tschechoslowakische Touristen (2760)
- Planungsgemeinschaft Ost für verstärkten Ausbau der Eisenbahn (2764-2766)

Kommunal/Lokal:

- Neuer Leiter des Bezirksamtes Ottakring (2750/FS: 30.11.)
- Donau-Oder-(Elbe-)Kanal: Grundlagenstudie liegt vor, weitere Detailstudien notwendig (2751/2752)
- Spielautomatensteuer soll erhöht werden (2753)
- CD-Verleih im Haus des Buches (2754)
- Vorweihnachtszeit: Verstärkte Kontrollen der Baupolizei (2755)
- Einkaufssamstage: Citybusse fahren länger (2756)
- Stadtrat Edlinger überreicht Ehrenzeichen (2759)
- Terminvorschau vom 4. bis 15. Dezember (2762/2763)
- Wien bereitet sich auf Besucherstrom aus der Tschechoslowakei vor (2767)
- Einkaufssamstage: Einzelfahrschein als Netzkarte (2768)

Kultur:

- 75. Geburtstag von Rudolf Hausner (2757)
- Theatersubventionen der Stadt Wien (2758)
- Loos-Ausstellung in der Albertina, dem Historischen Museum und im Looshaus am Michaelerplatz (2761)
- Ausstellung in der Stadtinformation eröffnet (2761)
- Montag: Pasterk präsentiert Festwochen-Programm (nur FS)

Neuer Leiter des Bezirksamtes Ottakring

Bereits am 30. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Das Magistratische Bezirksamt Ottakring hat einen neuen Leiter. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Donnerstag Obermagistratsrat Dr. Karl SONNENBERG in dieses Amt ein. Dieser tritt damit die Nachfolge von Senatsrat Dr. Alfred VOJIK an, der dieses Bezirksamt 15 Jahre lang geleitet hatte und nunmehr in den Ruhestand tritt.

Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA wies darauf hin, daß an die Mitarbeiter der Bezirksamter in Hinblick auf die Dezentralisierung und die erweiterte Bürgermitbestimmung immer höhere Anforderungen gestellt werden. Nicht zuletzt haben sie auch eine Vermittlerrolle zwischen den im einzelnen oft widersprüchlichen Wünschen der Bezirksbewohner zu erfüllen. Swoboda forderte in diesem Zusammenhang dazu auf, vorhandene Spielräume im Sinne der Bürger und der Menschlichkeit zu nützen.

Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion betonte, daß die Verwaltung einer Großstadt einem permanenten Reformprozeß unterworfen sein muß. Stillstand würde angesichts der sich ständig verändernden gesellschaftlichen, ökonomischen und technischen Rahmenbedingungen in Wahrheit einen Rückschritt bedeuten. Dabei gilt es, über die tagesaktuellen Erfordernisse hinaus langfristig als richtig erkannte Zielsetzungen konsequent zu verfolgen. Die Magistratischen Bezirksamter etwa sind ein Beispiel dafür, daß Bürgernähe und Dezentralisierung in Wien schon zu einem Zeitpunkt praktiziert wurden, bevor diese Forderungen zu programmatischen Inhalten geworden sind. In den Bezirksamtern wird Bürgernähe täglich bewiesen. Für die Beamten genügt es dabei heute nicht mehr, nur sachlich richtig zu entscheiden, sie müssen diese Entscheidungen und deren Grundlagen den Bürgern auch transparent und verständlich machen, betonte der Magistratsdirektor.

Bezirksvorsteher Alfred BARTON konnte bei der Amtseinführung auch Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL sowie zahlreiche Mandatäre des 16. Bezirks begrüßen. Den Dank der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten an den scheidenden Abteilungsleiter sowie die besten Wünsche an seinen Nachfolger überbrachte der Leitende Referent Rudolf HUNDSTORFER. (Schluß) ger/rr

Donau-Oder-(Elbe-)Kanal: Grundlagenstudie liegt vor, weitere Detailstudien notwendig

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR stellte Donnerstag abend Ergebnisse einer Grundlagenstudie über den Donau-Oder-Kanal vor. Bekanntlich haben die Bundesländer Wien und Niederösterreich am 23. November 1987 ein Übereinkommen über die Realisierung bestimmter Projekte getroffen. Punkt vier des Übereinkommens betraf den Donau-Oder-Kanal, wobei damals festgehalten wurde: „Die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals kann Anlaß zu einer neuerlichen Beschäftigung mit dem Projekt des Donau-Oder-Kanals sein. Vor einer Entscheidung sind jedoch die Auswirkungen eines solchen Kanals in ökologischer und ökonomischer Hinsicht sorgfältig zu prüfen. Die beiden Landeshauptleute fordern daher die Bundesregierung auf, eine diesbezügliche Untersuchung unverzüglich in Auftrag zu geben. Sie selbst sind bereit, jede Maßnahme in dieser Frage mit allen Möglichkeiten ihrer Landesregierungen voll zu unterstützen.“

Daraufhin beauftragten der Bund, Wien und Niederösterreich eine Planungsgemeinschaft (Österreichisches Institut für Raumplanung/Zivilingenieure Dipl.-Ing. Hermann Zottl und Dipl.-Ing. Harald Erber) mit einer ersten Grundlagenstudie zum Projekt eines Donau-Oder-(Elbe-)Kanals aus österreichischer Sicht. Diese Grundlagenstudie liegt nun vor — die wesentlichsten Ergebnisse sind:

- Generell sind die Aussagen der Grundlagenstudie als grobe vorläufige Einschätzungen zu werten, weitere Detailprojekte und wissenschaftliche Grundlagenstudien sind notwendig.
- Das Projekt wird als internationale Wasserstraßenverbindung mit größter gesamteuropäischer Bedeutung eingeschätzt. Es eröffnet u.a. dem ober-schlesischen und nordböhmisches Bergbau- und Industriegebiet den Zugang zur Wasserstraße Donau und damit auch zum Schwarzen Meer und zum Rhein-Gebiet. In zweiter Linie vermittelt das Projekt für alle Anrainerstaaten den Verkehr über Oder und Elbe auch zur Nord- und Ostsee.
- Durch den Wasserweg ergeben sich für alle Anrainerstaaten ganz wesentliche Verbilligungen der Transportkosten. Allein nach Fertigstellung der ersten Ausbaustufe von der Donau bis nach Ostrau wird mit einem Verkehrsvolumen pro Jahr von 30 Millionen Tonnen gerechnet. Für Österreich ergibt sich bei einem geschätzten Transportvolumen von mindestens 3,5 Millionen Tonnen eine jährliche Transportkostensparnis von knapp über 600 Millionen Schilling.
- Durch die Öffnung der Grenzen im Osten muß in diesem Raum mit bedeutenden Transitverkehrsströmen gerechnet werden. Eine wirksame Entlastung der Transportwege zu Lande — Straße, Schiene — durch einen Kanal wäre umwelt- und verkehrspolitisch sinnvoll.
- Aus ökologischer Sicht stellt allerdings jede Trassenführung einen zum Teil massiven Eingriff in den betreffenden Landschaftsraum und in das Öko-System dar. Probleme ergeben sich auch mit der geplanten Errichtung eines Nationalparks Ost.
- Von 16 untersuchten Varianten wurden daher 13 Varianten vor allem aus ökologischen Gründen als nicht weiter verfolgenswert ausgeschieden.
- Die verbliebenen Varianten sind:
 - Schiffbarmachung der March von der Donau bis 3 km flußaufwärts mit einem anschließenden Lateralkanal auf CSSR-Gebiet;
 - Die Errichtung eines Schiffahrtskanals von der Lobau nach Angern mit einer Überbrückung der March und einem anschließenden Lateral-kanal auf CSSR-Gebiet. Eine Aktivierung des bestehenden Kanalstückes im Bereich Großenzersdorf ist nicht vorgesehen.
 - Bau eines Lateralkanals rechtsufrig der March bis zu einer günstigen Querungsstelle (südlich von Angern), Überbrückung der March und Lateralkanal auf CSSR-Gebiet.

Die Investitionen auf österreichischem Gebiet betragen bei der Variante Schiffbarmachung der March 0,1 Milliarden Schilling, bei den beiden anderen Varianten jeweils über vier Milliarden Schilling. Für die Kostenaufteilung wären noch gesonderte Finanzierungsabkommen zu treffen.

Zur genaueren Abschätzung der ökologischen, raumplanerischen, wirtschaftlichen und wasserbaulichen Aspekte des Projekts sind nach Vorliegen der Grundlagenstudie weiterführende Bearbeitungen notwendig.
(Forts. mgl.) sei/gal

Forts. von Blatt 2751

Spielautomatensteuer soll erhöht werden

Steuer für Kinderreit- und Schaukelapparate wird abgeschafft

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vergnügungssteuer auf Spielapparate soll, wie bereits im September angekündigt, erhöht werden. Nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens soll die Änderung noch im Dezember dem Wiener Landtag vorgelegt werden, ein Inkrafttreten der neuen Regelung ist für den Februar/März 1990 vorgesehen, gab Vizebürgermeister Hans MAYR Donnerstag abend in einem Pressegespräch bekannt.

Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf ergibt sich nach der Begutachtung eine Änderung: die Vergnügungssteuer für sogenannte „kindertümliche Apparate“ wie z. B. Kinderreit- und Schaukelapparate soll abgeschafft werden. Dafür sind derzeit pro Apparat und Monat 120 Schilling an Steuer zu bezahlen.

Ansonsten sind Erhöhungen je nach Apparatelkategorie zwischen 16,7 und 30 Prozent vorgesehen. Die letzte Erhöhung der Vergnügungssteuer erfolgte am 1. April 1983, in der Zwischenzeit ist der Index der Verbraucherpreise um rund 20 Prozent gestiegen.

Im einzelnen sind folgende Erhöhungen geplant:

- die Steuer für Schau-, Scherz-, Spiel-, Geschicklichkeits- und ähnliche Apparate (z. B. Flipper) soll von derzeit monatlich 1.200 Schilling um 300 Schilling auf monatlich 1.500 Schilling (25 Prozent) erhöht werden.
- Die Steuer für Apparate, bei denen ein Spielergebnis angezeigt wird, ausgenommen Fußballspiel- und Hockeyspielapparate soll von derzeit monatlich 2.400 Schilling um 600 Schilling auf monatlich 3.000 Schilling (25 Prozent) erhöht werden.
- Die Steuer für Fußballtische, Fußball- und Hockeyspielapparate ohne elektromechanische Bauteile und Guckkasten mit Darbietungen, die für Personen bis zum 16. Lebensjahr geeignet sind, soll von derzeit monatlich 120 Schilling um 30 Schilling auf monatlich 150 Schilling (25 Prozent) erhöht werden.
- Die Steuer für Apparate, mit denen ein Gewinn in Geld oder Geldeswert erzielt werden kann oder bei denen das Spielergebnis ausschließlich oder vorwiegend vom Zufall abhängig ist oder durch deren Betätigung eine aggressive Handlung dargestellt wird, soll von derzeit monatlich 12.000 Schilling um 2.000 Schilling auf monatlich 14.000 Schilling (16,7 Prozent) erhöht werden.
- Die Steuer auf Musikautomaten soll von derzeit monatlich 460 Schilling um 140 Schilling auf monatlich 600 Schilling (30 Prozent) erhöht werden. Der Steuersatz für Musikautomaten ist im Gegensatz zu den anderen Apparaten bereits seit 1.1.1977 unverändert — in der Zwischenzeit ist der Verbraucherpreisindex um 60,3 Prozent gestiegen.

Die Mehreinnahmen aus der Erhöhung werden auf rund 50 Millionen Schilling pro Jahr geschätzt. (Schluß) sei/gal

CD-Verleih im Haus des Buches

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Ab Montag, den 4. Dezember, verleiht die Hauptanstalt der Wiener Städtischen Büchereien in Wien 8, Skodagasse 20, auch Compact Discs. Insgesamt 1.500 CDs werden ab diesem Zeitpunkt in der Musikabteilung bereitstehen. Vor allem Opern und Orchesterwerke in historischen, aber auch in neuen Aufnahmen wurden angekauft. Jazz- und Pop-Platten sind ebenfalls vorhanden.

An 14 Abhörtischen und in zwei Tonkabinen gibt es die Möglichkeit, Platten, aber auch Toncassetten anzuhören.

Insgesamt stehen nun zur Verfügung:

10.000 Schallplatten
2.000 Toncassetten und
1.500 CDs.

Das Hören der Platten bzw. Kassetten ist gratis.

Die Leihgebühr für CDs beträgt, ebenso wie für Bücher, Noten und Cassetten, 6 Schilling für drei Wochen. Schüler, Studenten, Präsenz- und Zivildienstler, Arbeitslose und Mindestrentner sind von den Gebühren befreit. (Schluß) emw/gg

Vorweihnachtszeit: Verstärkte Kontrollen der Baupolizei**Baupolizei erinnert an Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen**

Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Die Baupolizei der Stadt Wien hat in diesen Tagen an große Handelsfirmen sowie an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, Sektion Handel, ein Schreiben gerichtet, in dem im Hinblick auf den verstärkten Käuferansturm in der Vorweihnachtszeit auf die Einhaltung der notwendigen Sicherheitserfordernisse erinnert wird. Die Überprüfungen werden derzeit verstärkt durchgeführt. In den Schreiben heißt es, daß sich das Sicherheitsrisiko in diesen Wochen durch das erweiterte Warenangebot und die daraus resultierende Raumnot sowie durch den stärkeren Kundenverkehr erhöht. Besonders wird auf folgende häufige Mängel hingewiesen: daß Ein- und Ausgänge, Verkehrswege, Notausgänge, Stiegenhäuser und Gänge oft erschwert benützbar sind, da Waren zum Teil im Bereich der Ein- und Ausgänge und auf den Verkehrswegen zum Kauf angeboten werden; Notausgänge durch Waren verlagert werden und daher nicht benützbar sind, und Stiegenhäuser und Gänge häufig widmungswidrig als Zwischenlager herangezogen werden. Die Baupolizei erinnert weiters an die notwendige leichte Erreichbarkeit der Handfeuerlöcher, die Einhaltung des Rauchverbotes und an die Verwendung geeigneter Materialien für Dekorationszwecke. Schließlich wird in diesem Schreiben vor der Gefährlichkeit der unsachgemäßen Lagerung von Druckgaspackungen gewarnt. (Schluß) ull/rr

Einkaufssamstage: Citybusse fahren länger

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe (Meidling Hauptstraße, Stephansplatz, Karlsplatz, Reumannplatz) sind am 2. Dezember, 9. Dezember, 16. Dezember und 23. Dezember in der Zeit von 9 bis 15 Uhr geöffnet.

Die Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe in den U-Bahn-Stationen Karlsplatz, Stephansplatz und Praterstern bleiben an den Einkaufssamstagen bis 18 Uhr geöffnet.

Der Betriebsschluß der innerstädtischen Autobuslinien „1 A“ und „3 A“ wird an diesen Tagen von 14 auf 19 Uhr verlegt. Die Autobuslinie „2 A“ verkehrt bis 19 Uhr zwischen Dr.-Karl-Renner-Ring und Petersplatz.

Ebenfalls an den Samstagen vor Weihnachten verkehrt die Autobuslinie „5 A“ zwischen der Schnellbahnstation Traisengasse und Nestroyplatz und die Autobuslinie „12 A“ zwischen Märzstraße/Huglgasse und Einsiedlergasse jeweils bis 18.30 Uhr.

Darüber hinaus werden zahlreiche Linien der Wiener Verkehrsbetriebe verstärkt geführt.

Außerdem findet am Samstag, dem 9. Dezember, in der Zeit von 9 bis 16 Uhr, der vorweihnachtliche Flohmarkt der Wiener Verkehrsbetriebe in der U-Bahn-Station Stephansplatz statt.

Die Verlängerung der Barzahlerjahreskarten ab Jänner 1990 kann bereits ab 4. Dezember 1989 (an Stelle 20. Dezember) in der Abteilung Tarifangelegenheiten, 1060 Wien, Rahlgasse 3, an Werktagen Montag bis Freitag von 8 bis 14.30 Uhr und ab 13. Dezember bei den Vorverkaufsstellen zu den normalen Öffnungszeiten erfolgen. (Schluß) roh/gg

75. Geburtstag von Rudolf Hausner

Wien, 1.12. (RK-KULTUR) Der Maler Rudolf HAUSNER wurde am 4. Dezember 1914 in Wien geboren. Er studierte von 1931 bis 1936 an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Nach dem Krieg gehörte er jener Malergruppe an, die unter der Bezeichnung „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“ über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt wurde. 1957 schuf Hausner sein erstes Adam-Bild. 1959 folgte die erste große Gruppen-Ausstellung der „Wiener-Schule“ im Oberen Belvedere. 1963 stellte Hausner in Darmstadt aus, 1964 in Paris, 1965 in Hannover. 1966 erhielt Hausner einen Lehrauftrag an der Meisterschule für Malerei der Akademie der bildenden Künste in Wien und an der Hamburger Kunstschule für bildende Künstler. 1968 wurde er Hochschulprofessor an der Wiener Akademie der bildenden Künste und hatte bis 1985 die Leitung der Meisterschule für Malerei inne.

1979 wurde eine große Hausner-Ausstellung in Ost-Berlin und danach in der Minoritenkirche in Krems gezeigt. Danach hatte Prof. Hausner Ausstellungen in Chile, Japan und Portugal.

Anlässlich seines 70. Geburtstages wurde vom 6. Dezember 1984 bis 6. Jänner 1985 im Wiener Künstlerhaus eine umfassende Retrospektive seines künstlerischen Schaffens gezeigt.

Der Künstler erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen — unter anderem: 1966 Große Goldene Ehrenmedaille des Künstlerhauses Wien; 1969 Preis der Stadt Wien für bildende Kunst; 1970 Österreichischer Staatspreis für Malerei; 1979 Österreichisches Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse; Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold, die ihm am 23. Jänner 1985 von Bürgermeister Dr. Zilk überreicht wurde. Ebenfalls im Jahr 1985 erhielt Prof. Hausner das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. (Schluß) red/bs

Theatersubventionen der Stadt Wien

Wien, 1.12. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß Theatersubventionen in der Gesamthöhe von rund 425 Millionen Schilling. Für die Vereinigten Bühnen Wien wurden insgesamt 250,7 Millionen Schilling als Abgangsdeckung und Subvention 1990 genehmigt, für die Wiener Privattheater 156,2 Millionen als Betriebssubventionen 1990. Für die Freien Gruppen ein Rahmenbetrag von 18 Millionen für Produktionskosten und Qualitätsprämien.

Von der Gesamtsumme für die Vereinigten Bühnen fallen 141,2 Millionen an das Theater an der Wien, das im Herbst eine Neuproduktion herausbringt, 52 Millionen gehen an das Ronacher und 57,5 Millionen an das Raimundtheater, wohin das „Phantom“ im Herbst 1990 übersiedelt. Durch die Übersiedlung des „Phantoms“ in das Raimundtheater und die Neuproduktion im Theater an der Wien kommt es in beiden Häusern zu Sperrzeiten.

Unter der Bezeichnung „Wiener Privattheater“ sind insgesamt 25 Bühnen bis hin zu den Klein-Bühnen zusammengefaßt. Die in einem ersten Antrag genehmigten Betriebssubventionen in der Gesamthöhe von 156,2 Millionen Schilling stellen den Hauptteil der Förderung dar, Steigerungssätze werden in einem weiteren Antrag behandelt werden. Von der Gesamtsumme entfallen unter anderem 58,3 Millionen auf die Josefstadt, 49,9 Millionen auf das Volkstheater, 7,2 Millionen auf die Kammeroper und 11,3 Millionen auf das Theater „Der Kreis“.

Den Freien Gruppen stehen mit 18 Millionen zwei Millionen mehr als 1989 zur Verfügung. Der Restbetrag der Qualitätsprämien 1989 wird den Freien Gruppen ebenfalls als Produktionskostenzuschüsse zur Verfügung gestellt. (Schluß) gab/bs

Stadtrat Edlinger überreicht Ehrenzeichen

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) In Vertretung von Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte am Freitag Stadtrat Rudolf EDLINGER Ehrenzeichen des Landes Wien an Rudolf PEGAC und Lorenz KUGLER.

Rudolf Pegac erhielt das Goldene Ehrenzeichen des Landes Wien. Er hat sich um die Förderung des Siedlervereines „Leopoldau und Umgebung“ in der Nachkriegszeit verdient gemacht. Diese Siedlung wurde von „Ausgebombten“ initiiert. Pegac hat sich für die Verrechtlichung dieser ursprünglich „wilden Siedlung“ eingesetzt.

Lorenz Kugler erhielt das Silberne Ehrenzeichen des Landes Wien. Er ist ein über die Grenzen Österreichs hinaus anerkannter Gesangskanarienzüchter. (Schluß) red/rr

Zilk für Visafreiheit für tschechoslowakische Touristen

Wien, 1.12. (RK-POLITIK) Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sprach sich am Freitag für eine Abschaffung der Einreisevisen für tschechoslowakische Touristen nach Österreich aus. Nachdem tschechoslowakische Bürger für ihre Reisen nach Österreich kein Ausreisevisum der CSSR mehr benötigten, sei es ihm unverständlich, sagte Zilk, daß Österreich seinerseits nicht an die Abschaffung des Einreisevisumzwangs denke.

„Wir haben vierzig Jahre die Freiheit gefordert, auch die Reisefreiheit, wenn wir an der Visumpflicht für die Bürger der CSSR festhalten, machen wir uns in Ost und West fragwürdig“, betonte Zilk. Auch sei es ihm unverständlich, daß es seitens des Bundes Einwände gegen die Öffnung neuer Grenzübergänge gebe. Zur Entwicklung im Osten betonte Zilk: „Wir erleben heute einen Traum, den zu Träumen keiner meiner Generation gedacht hätte.“ (Schluß) red/bs

Loos-Ausstellung in der Albertina, im Historischen Museum und im Looshaus am Michaelerplatz

Wien, 1.12. (RK-KULTUR) In der Graphischen Sammlung Albertina, im Historischen Museum der Stadt Wien und im Looshaus am Michaelerplatz ist vom 2. Dezember 1989 bis 25. Februar 1990 die Ausstellung „Adolf Loos“ zu sehen. Leben und Werk von Loos werden auf einer Gesamtfläche von insgesamt 2.300 Quadratmetern dargestellt. Modelle, Pläne, Originalzeichnungen, Innenräume und Möbel bilden die Schwerpunkte der Schau in der Albertina, während im Historischen Museum neben dem Wohnzimmer und dem rekonstruierten Schlafzimmer der Loos-Wohnung städtebauliche und Monumentalentwürfe des Architekten seinen Rang als Städtebauer darstellen. Im Looshaus am Michaelerplatz kann das vor kurzem rekonstruierte Erdgeschoß des Baus besichtigt werden. Die Ausstellung ist an allen drei Plätzen täglich außer Freitag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Am 24., 25. und 31.12. und am 1. Jänner 1990 bleibt die Schau geschlossen.

Besonderer Anziehungspunkt der Ausstellung in der Albertina sind die über 50 Modelle von ausgeführten und nicht ausgeführten Bauten von Loos. Das im Maßstab von eins zu eins dargestellte „Würfelhaus“, mit einer Seitenlänge von acht Metern, ermöglicht es, den Reichtum und die Ökonomie des räumlichen Denkens von Loos beim Durchgehen zu erfahren. Modelle von Großprojekten von Loos und ein — über ein Innenstadtmodell montierter — rückblickender Plan von Loos zur Bebauung des Wiener Festungsgürtels, zeigen im Historischen Museum der Stadt Wien die Bedeutung der stadtplanerischen Überlegungen von Loos. Auch seine Tätigkeit für die Siedlungsbewegung wird hier dokumentiert. Gebrauchsgegenstände und Möbel, vorhandene und rekonstruierte Innenräume beleuchten weitere Aspekte im Schaffen von Loos. Biographisches Material, darunter zwei bedeutende Porträts von Oskar Kokoschka, die von der Nationalgalerie Berlin zur Verfügung gestellt wurden, komplettieren die Schau.

Der Eintrittspreis beträgt 60 Schilling, Ermäßigungskarten für Schüler, Studenten, Präsenz- und Zivildienstler und Senioren kosten 30 Schilling. (Schluß) gab/rr

Ausstellung in der Stadtinformation eröffnet

Wien, 1.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eröffnete am Donnerstag in der Wiener Stadtinformation auf dem Friedrich-Schmidt-Platz eine Ausstellung mit Textilcollagen von Werner Hartinger.

Die mit der Eröffnung dieser Schau ins Leben gerufene „Galerie in der Stadtinformation“ gibt den Bürgern damit die Möglichkeit, in diesem Rahmen nicht nur wichtige Informationen zu erhalten, sondern sich auch mit dem Schaffen zeitgenössischer Wiener Künstler auseinanderzusetzen. Damit soll die Stadtinformation für ihre Besucher noch attraktiver werden. Die Ausstellungen werden jeweils im Einvernehmen mit dem Kulturamt der Stadt Wien gezeigt. (Schluß) gab/gg

Terminvorschau vom 4. bis 15. Dezember

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 4. bis 15. Dezember hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 4. DEZEMBER:

10.00 Uhr, Pressegespräch anl. der Ausstellungseröffnung „Umweltbewußt einkaufen“ (Stadtwerkstatt, 1, Rathausstraße/Ecke Friedrich-Schmidt-Platz)

10.30 Uhr, Pressekonferenz Wiener Festwochen (Theater an der Wien, Großer Pausenraum)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP

11.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Hofrat“ an SR i. R. Ing. Karl Bodner (MD Bandion, Rathaus, Grüner Salon)

12.30 Uhr, Pressekonferenz Wiener Prater (Wieselburger Bierinsel, 2, Prater 11)

DIENSTAG, 5. DEZEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters

19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Gesundheitsbericht 1988“

MITTWOCH, 6. DEZEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Porzellanmanufaktur Augarten

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Bevorrangungsprogramm für 1990“ (PID)

DONNERSTAG, 7. DEZEMBER:

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus dem Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien (StR. Stacher, Rathaus, Wappensaal)

FREITAG, 8. DEZEMBER:

11.00 Uhr, Eröffnung des Weihnachtsmarktes im AKH (StR. Stacher, Hof 1, Eingang Alser Straße 4 oder Spitalgasse 2)

MONTAG, 11. DEZEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Maria Mautner Markhof, Bezirksmuseumsleiterin Edith Müllbauer, Dr. Susanne Polsterer und Gustav Schuster (Stein. Saal, Rathaus)

10.30 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „Wienerwald Bellaria“ (1, Bellariastr. 2, ggü. Volkstheater)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 12. DEZEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Überreichung des Großen Sportpreises der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Ing. Ernst Dörr, Roland Königshofer, Karl Igl, Walter Rantasa, Christoph Schmölzer sowie des Sportpreises der Stadt Wien an Stephan Horvath, Christine Prasicek, Maria Sauer und des Sportanerkennungspreises an Univ.-Prof. Dr. Josef Glaninger (Stadtsenats-sitzungssaal, Rathaus)

MITTWOCH, 13. DEZEMBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Hatzl an OSR Dr. Alfred Irlbeck, OSR Mag. Dr. Bruno Zidek, Reg.-Rat Otto Jarolim, TOAR Ing. Anton Sindelar, OAR Mag. Rudolf Zeiller, TAR Ing. Rudolf Bachmayer, AR Karl Exler, AR Josef Ramharter sowie an die Betriebsoberinspektoren Franz Cermak, Karl Kogelbauer, Herbert Prewein, Ralph Schneider und Hellmuth Trinkl, an die Betriebsinspektoren Alfred Kolar und Franz Teuschl sowie an die Vorarbeiter Johann Stöckl und Rudolf Zadera (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Prof. Dr. Wolfgang Leonhard:
„Sowjetreformen: Ergebnisse, Probleme, Perspektiven“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 14. DEZEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Johann Ratzenböck (Roter Salon, Rathaus)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Häupl „Altlastensanierungen“ (PID)

19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Zielplan“

FREITAG, 15. DEZEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 2762

Planungsgemeinschaft Ost für verstärkten Ausbau der Eisenbahn

Wien, 1.12. (RK-POLITIK) Unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK hat die Planungsgemeinschaft Ost den verstärkten Ausbau der Eisenbahnlinien sowie die Errichtung von Park-and-ride-Anlagen beschlossen. Weiters befaßten sich die Landeshauptleute mit der Entwicklung in den östlichen Nachbarstaaten.

In einer Pressekonferenz stellten sich Landeshauptmann Siegfried LUDWIG (Niederösterreich), Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK (Wien), Landesrat Karl STIX (Burgenland) sowie der Wiener Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR und Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA den Journalisten.

Gemeinsamer Forderungskatalog für den Bahn-Ausbau

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes ist angesichts der wachsenden Probleme mit dem Autoverkehr sowohl in den Ballungsräumen als auch auf den Transitrouten zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung der Länderregion Ost von größter Bedeutung. Brennende Aktualität bekommen diese Fragen durch die Liberalisierung in den nördlichen und östlichen Nachbarstaaten und durch die geplante EXPO 1995 in Wien.

Zur Wahrung der Länderinteressen bei der Verwirklichung von Projekten des Konzeptes „Neue Bahn“ der ÖBB, insbesondere jener des Nahverkehrs, hat die Planungsgemeinschaft Ost (PGO) auf der Grundlage von Verkehrsgutachten der Länderplanungsstellen einen „gemeinsamen Forderungskatalog der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien an den Bund über den vordringlichen Bahn-Ausbau in der Länderregion Ost“ erarbeitet. Ziel ist es, daß die Investitionen für Projekte der „Neuen Bahn“ entsprechend dem Bevölkerungsanteil (42,7 Prozent) und der Wirtschaftskraft (wirtschaftliche Wertschöpfung: 46,8 Prozent) nun in den östlichen Bundesländern zum Tragen kommt.

Der Anteil der Ostregion am Aufkommen der wichtigsten Bundessteuern betrug bei der Umsatzsteuer 53,8 Prozent (1985), bei der Einkommenssteuer 43,9 Prozent (1985), bei der Lohnsteuer 51,1 Prozent (1982) und bei der Gewerbesteuer 49,1 Prozent (1987). Dem gegenüber fließen von dem im Nationalrat am 1. März 1989 beschlossenen Investitionen im Rahmen „Neue Bahn“ in der Höhe von 31 Milliarden Schilling nur 8,4 Milliarden (27,1 Prozent) in die Länderregion Ost, die übrigen Mittel (72,9 Prozent) aber in die anderen Bundesländer. Im Bereich der Nahverkehrsausbauten der ÖBB stellt sich die Situation ähnlich dar.

Zu den wichtigsten Ausbaumaßnahmen des Forderungskataloges bis zum Jahr 2000 zählen beispielsweise:

- Westbahn Wien — St. Pölten
- Ostbahn Wien — Hegyeshalom
- Ausbau der Verbindungen nach Preßburg
- Schnellbahnmäßige Anbindung des Flughafens Wien (Verlängerung zur U 1 bzw. zur U 6)
- Eisenstadt — Wien
- Krems — St. Pölten — Lilienfeld
- Marchegg (Preßburg) — Stadlau — „Bahnhof Wien“ — Vorortelinie
- Reaktivierung der „Floridsdorfer Hochbahn“.

Dieser Forderungskatalog über den vordringlichen Bahnausbau soll die gemeinsame Richtlinie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien bei künftigen Verhandlungen mit dem Bund und den ÖBB sein.

Park-and-ride-Ausbau

Durch den Ausbau der Schnellbahn- und U-Bahn-Linien und die Schaffung des Verkehrsverbundes Ost-Region (1984, Erweiterung 1988) stieg auch die Nachfrage nach Park-and-ride-Plätzen sprunghaft an (Bestand 1982: 2.200 PKW-Stellplätze, Bestand 1989: 9.800 PKW-Stellplätze und zusätzlich 8.000 einspurige Fahrzeuge).

Um die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel vor allem für den Berufsverkehr noch zu erhöhen und damit dem ständig steigenden Autoverkehrsaufkommen entgegenwirken zu können, ist der weitere Ausbau von Park-and-ride-Plätzen dringend erforderlich. Auf der Grundlage einer aktuellen Dringlichkeitsreihung der PGO wurde ein Ausbauvorschlag erarbeitet (Region 6.650 PKW-Stellplätze, Wien ca. 7.000 PKW-Stellplätze).

Im Hinblick auf die Bewältigung des zu erwartenden Verkehrs zur EXPO 1995 wurde dieser Ausbauvorschlag in gemeinsamer Arbeit mit dem Bund erweitert, sodaß bis 1995 im Raum des Verkehrsverbundes Ost-Region rund 30.000 PKW-Stellplätze auf Park-and-ride-Anlagen zur Verfügung stehen könnten.

Die Investitionen für die Realisierung dieses Ausbauprogrammes haben einen Mehrfach-Nutzeffekt: Sie verringern Verkehrsinvestitionen für Straßenausbau und Garagenausbau (einschließlich Umweltschutzmaßnahmen), garantieren eine bessere Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel und sie helfen auch mit, die Lebensqualität in den städtischen Bereichen erheblich zu verbessern.

Liberalisierungen in den Nachbarstaaten und die Auswirkungen auf die Länderregion Ost

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems soll auch im Hinblick auf die Öffnung der Grenzen zu unseren Nachbarstaaten im Sinne einer „Angebotsplanung“ dazu dienen, künftige Verkehrsströme möglichst „umweltfreundlich“ bewältigen zu können. Maßnahmen in diese Richtung sind bereits im Forderungskatalog für den Bahnausbau enthalten und sollen auch in ein künftig integriertes Verkehrskonzept (Schiene — Straße — Park and Ride) für die Länderregion Ost einfließen.

Neben den verkehrlichen Auswirkungen der Liberalisierungen in unseren Nachbarstaaten sind auch Einflüsse auf die Wirtschafts- und Sozialbeziehungen und somit auch auf die Siedlungs- und Zentrenstruktur in der Ostregion zu erwarten. Um Fragen wie beispielsweise Pendlerbeziehungen, Wanderungsbewegungen, Betriebsansiedlungen, Arbeitsplatz- und Einwohnerprognosen, Tourismusentwicklung, gesellschaftliche und kulturelle Beziehungen und künftige Gestaltung der Siedlungsräume erörtern zu können und Schlußfolgerungen für eine längerfristige Entwicklungspolitik in der Länderregion Ost im Spannungsfeld der Liberalisierung in den Oststaaten und des EG-Marktes ableiten zu können, ist für 1990 die Abhaltung eines „Ost-West-Seminars“ geplant. Dabei könnten sich auch Weiterentwicklungen (organisatorisch, räumlich) für die Planungsgemeinschaft Ost ergeben.

Weitere Arbeiten der Planungsgemeinschaft Ost

In Weiterführung bereits getätigter Arbeiten wird die Planungsgemeinschaft Ost bei Planungen und künftigen Entscheidungen für einen Nationalpark im Bereich der Donauauen in Verbindung mit der Erschließung eines großräumigen Grünsystems für die Naherholung der Bevölkerung mitwirken. Entsprechend den politischen Willenserklärungen der Landtage in Niederösterreich und Wien finden derzeit Verhandlungen hinsichtlich einer Vereinbarung der beiden Länder mit dem Bund über die Einrichtung einer Nationalpark-Vorbereitungsorganisation statt. Ebenso gibt es für den Raum Neusiedler See — Seewinkel konkrete Verhandlungen über

Forts. von Blatt 2764

Forts. auf Blatt 2766

die Realisierungsmöglichkeiten eines bilateralen (österreichisch-ungarischen) Nationalparkes.

Für die Umsetzung der mit der Wienerwald-Deklaration beschlossenen Schutzmaßnahmen wird die Einrichtung eines Wienerwald-Fonds konkret geprüft (Finanzierung, Organ, Aufgabenbereich). Erfolge zeigten sich bei den Gemeinden, die in immer größerer Zahl bereit sind, die Schutzmaßnahmen für den Wienerwald selbsttätig (zum Schutz des Lebensraumes für die eigenen Bewohner) zu initiieren. Nun erwartet man sich „Hilfe zur Selbsthilfe“ durch finanzielle Unterstützungen von außen (Länder, Bund). Mit den „Wienerwaldtagen“ (Gablitz, Klosterneuburg, Wien und 1990 in Purkersdorf) wird auch die Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander gestärkt.

In Expertengesprächen im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (Länderinteressenvertretungen, Wirtschaftsfachleute) wurde die Thematik „Standorte für Einkaufszentren“ eingehend beraten. Als Grundlage für eine politische Entscheidung liegt ein Vorschlag für eine Vereinbarung zwischen den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich und Wien über eine Raumverträglichkeitsprüfung für Standorte von Einkaufszentren vor. Ziel dieses Vereinbarungsentwurfes ist es, Standorte für Einkaufszentren über 2.500 Quadratmeter Gesamtfläche nach allen Kriterien der Raumplanung mittels offenzulegender Planungsgrundlagen auf ihre Eignung zu prüfen und dabei auf die Vorteile aber auch Probleme hinzuweisen. Diese Vereinbarung soll auch dazu dienen, Einkaufszentren aus der Sicht der gesamten Länderregion Ost nach dem Prinzip der gegenseitigen Offenlegung beurteilen und Fehlentwicklungen aufzeigen zu können. (Schluß) red/gg/rr

Forts. von Blatt 2765

Wien bereitet sich auf Besucherstrom aus der Tschechoslowakei vor

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Wien bereitet sich auf den nach der Öffnung der Grenzen der Tschechoslowakei zu erwartenden Besucherstrom vor. Durch massive Informationstätigkeit und eine Reihe konkreter Maßnahmen will die Stadtverwaltung erreichen, daß der Besucherstrom — der sich ja mit dem ohnehin höheren Verkehrsaufkommen in der Vorweihnachtszeit „kreuzt“ — möglichst friktionsfrei und ohne Verkehrszusammenbrüche bewältigt werden kann. Um dies zu erreichen, wird in jedem Fall aber auch ein Beitrag der Wienerinnen und Wiener selbst nötig sein: nämlich trotz vielleicht entstehender Behinderungen die Gäste aus der Tschechoslowakei freundlich zu empfangen.

Die Information der Besucher wird auf drei Ebenen erfolgen:

- In Zusammenarbeit mit dem ORF und dem tschechoslowakischen Rundfunk/Fernsehen in der CSSR selbst;
- durch Informationsmaterial, das an der Grenze sowie an Tankstellen etc. verteilt wird;
- durch eine eigene tschechischsprachige Telefonservicestelle in der Stadtinformation in Wien.

Darüber hinaus wird der ORF Informationssendungen in tschechischer Sprache bringen, und auch Tageszeitungen haben sich bereit erklärt, im redaktionellen Bereich tschechischsprachige Informationen aufzunehmen.

Parkplätze am Stadtrand

Die wichtigste Strategie zur Bewältigung des erwarteten Verkehrsaufkommens besteht darin, die Gäste aus der Tschechoslowakei durch entsprechende Information soweit wie möglich auf bestimmte Parkplätze außerhalb des Stadtzentrums zu „dirigieren“.

Vorraussichtlich wird es sich dabei um folgende Bereiche handeln:

- Für den Einzugsbereich Flughafen-Autobahn/Schwechater Bundesstraße der Stadionparkplatz sowie, wenn nötig, die Simmeringer Hauptstraße beim Zentralfriedhof;
- Für den Einzugsbereich Wagramer Straße/Gänserndorf die Arbeiterstrandbadstraße beim Donaupark, eventuell auch Parkplätze in Aspern im Bereich General Motors und ARBÖ;
- Für den Einzugsbereich Prager Straße/Brünner Straße der Parkplatz auf der Donauinsel bei der Floridsdorfer Brücke.

Von all diesen Parkplätzen werden den Gästen öffentliche Verkehrsmittel zur Weiterfahrt angeboten. Wahrscheinlich wird es auch eine Möglichkeit geben, eine entsprechende Fahrkarte mit Tschechenkronen zu erwerben.

Auf den Parkplätzen werden mobile Servicestationen (Sanitäreinrichtungen, medizinische Versorgung, Information, ev. Geldwechsel etc.) eingerichtet.

In allen Informationen werden die Gäste aus der Tschechoslowakei darauf hingewiesen, NICHT mit dem eigenen Pkw in das Stadtzentrum zu fahren. (Forts. mgl.) ger/bs

Einkaufssamstage: Einzelfahrschein als Netzkarte

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Weisung des Bürgermeisters werden die Wiener Verkehrsbetriebe an den Einkaufssamstagen vor Weihnachten allen Fahrgästen ein besonderes Service bieten: Der „Automatenfahrschein“ („Schaffnerfahrschein“) um 20 Schilling gilt an diesen vier Samstagen als Tagesnetzkarte. Man kann mit ihm unbegrenzt auf allen Linien der Wiener Verkehrsbetriebe fahren. Damit soll ein zusätzlicher Anreiz zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr und eine Entlastung der gesamten Verkehrssituation in Wien an den Einkaufssamstagen erreicht werden. (Schluß) roh/rr